

KI & DIGITALE BILDUNG

Soziale Medien und Bildung: Warum mediale Integrität zur Zukunftsaufgabe wird

Das Gutachten des Aktionsrats Bildung zeigt, warum Schulen und Politik klare Regeln, sichere Lernräume und mediale Integrität brauchen

27. MAI 2026

JULIETTE GUTTMANN

LESEZEIT: 4 MINUTEN

Soziale Medien prägen Lernen, Kommunikation und Aufwachsen. Das Gutachten „Social Media - Bildung - Integrität“ bündelt die Evidenz zu Chancen und Risiken und zeigt, warum Kinder und Jugendliche Schutz, Selbstregulation und klare Bildungsziele brauchen.

Integrität als Bildungsziel

Empfehlungen für Entscheiderinnen und Entscheider

Fazit: Mediale Integrität braucht gemeinsame Verantwortung

Social Media, Bildung und Integrität: Was das Gutachten zeigt

Soziale Medien prägen Bildungsbiografien, schulische Kommunikation und demokratische Öffentlichkeit. Das Gutachten des Aktionsrats Bildung ordnet sie deshalb nicht als technisches Zusatzthema ein, sondern als Bildungsaufgabe: Kinder und Jugendliche müssen lernen, digitale Räume verantwortlich, reflektiert und sozial integer zu nutzen.

Das Gutachten stellt dafür den Begriff der medialen Integrität in den Mittelpunkt. Er erweitert den Blick über technische Bedienkompetenz hinaus. Kinder und Jugendliche sollen nicht nur lernen, digitale Angebote zu nutzen. Sie sollen auch verstehen, welche Verantwortung mit ihrem Handeln in digitalen Öffentlichkeiten verbunden ist.

Das Gutachten verbindet die Schutzperspektive mit der Frage, wie Soziale Medien pädagogisch sinnvoll genutzt werden können. Risiken für Wohlbefinden, Konzentration, Selbstbild, Datenschutz und demokratische Meinungsbildung werden ebenso berücksichtigt wie Potenziale für Lernen, Kommunikation und kollaboratives Arbeiten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer evidenzbasierten Steuerung, die über Verbotsdebatten hinausgeht und Nutzung nicht unkritisch voraussetzt.

Was über Risiken und Chancen von Social Media bekannt ist

Das Gutachten zeigt eine ungleiche Evidenzlage: Risiken von Social Media sind deutlich besser erforscht als pädagogische Potenziale. Besonders im Jugendalter gibt es belastbare Hinweise auf Zusammenhänge zwischen intensiver oder problematischer Nutzung und psychosozialen Belastungen, etwa digitalem Stress, Bewertungsangst, Informationsüberlastung, Einsamkeit und geringerem Wohlbefinden.

Die Befunde zeigen jedoch nicht durchgehend eindeutige Kausalität. Längsschnittstudien, Metaanalysen und natürliche Experimente legen nahe, dass digitale Mediennutzung und psychosoziale Belastungen sich wechselseitig verstärken können.

Besonders sensibel ist die Lage bei jüngeren Kindern. Sie nutzen Social Media teils schon im Grundschulalter, können Werbung, Desinformation, Datenschutzrisiken und manipulative Plattformmechanismen aber oft noch nicht zuverlässig einschätzen. Zugleich fehlen für Deutschland umfassende Studien zu dieser Altersgruppe.

Für Bildungseinrichtungen folgt daraus: Social Media betrifft nicht nur Technik, sondern Entwicklung, Gesundheit, Teilhabe, Demokratiebildung, Unterrichtsqualität und Schutzrechte.

Integrität als Bildungsziel

Das Gutachten erweitert den Blick von Medienkompetenz auf Integrität. Es geht nicht nur darum, digitale Angebote bedienen, Informationen finden und Inhalte bewerten zu können. Entscheidend ist auch, ob Kinder und Jugendliche in digitalen Räumen verantwortungsvoll handeln, selbst wenn Anonymität, Gruppendruck, Reichweitenlogik oder kurzfristige Vorteile anderes nahelegen.

Damit wird Social Media zu einer Bildungsaufgabe über alle Bildungsphasen hinweg. Lernende müssen verstehen, wie Plattformen funktionieren, wie Algorithmen Aufmerksamkeit steuern, wie Desinformation entsteht und welche Folgen eigenes digitales Handeln für andere haben kann. Das betrifft Unterricht, Schulentwicklung, Lehrkräftebildung, Elternarbeit und politische Regulierung.

Selbstregulation gegen Kontrollverlust: So können Schulen auf dem Weg zur digitalen Mündigkeit unterstützen

Wohlbefinden im digitalen Unterricht: Was wirklich zählt – und was nicht

Empfehlungen für politische Entscheiderinnen und Entscheider

Das Gutachten empfiehlt einen verbindlichen Rechtsrahmen für Social Media. Dazu gehören wirksame Altersverifikation, altersbezogene Mindeststandards für Konten Minderjähriger, Schutz vor manipulativen Designs und Regeln zur Begrenzung suchtähnlicher Nutzung. Politische Steuerung sollte sich dabei an entwicklungspsychologischer Evidenz orientieren. Auch Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte von Kindern brauchen stärkeren gesetzlichen Schutz.

Für Bildungseinrichtungen sollten die Länder klare Nutzungs- und Datenschutzregeln schaffen. Das Gutachten empfiehlt, digitale Endgeräte an Sekundarschulen bis zur zehnten Jahrgangsstufe auf lernbezogene Zwecke zu beschränken. Für pauschale Smartphoneverbote liegt bislang keine belastbare Wirkungsevidenz vor.

Digitale Bildungsplattformen der Länder sollten so erweitert werden, dass Unterricht mit und über Social Media in geschützten, datenschutzkonformen Räumen möglich ist. Dafür brauchen Lehrkräfte rechtssichere und praxistaugliche Lösungen. Zugleich sollte die Forschung zu altersbezogenen Wirkungen, Langzeitfolgen und schulischen Nutzungskonzepten ausgebaut werden.

Externe Inhalte anzeigen

Empfehlungen für Bildungseinrichtungen

Bildungseinrichtungen sollten mediale Integrität systematisch als Bildungsziel verankern. Dafür brauchen sie Konzepte, die Risiken begrenzen und zugleich Lernräume eröffnen. Lernende müssen verstehen, wie Social Media funktioniert, wie Plattformen Kommunikation prägen und wie sie digitale Räume reflektiert und verantwortungsvoll nutzen können. Solche Nutzungskonzepte sollten

gemeinsam mit Lernenden, pädagogischem Personal, Leitungen, Eltern und gegebenenfalls Ausbildungsbetrieben entwickelt werden, damit Regeln verstanden, akzeptiert und getragen werden.

Pädagogisches Personal braucht dafür gezielte Fortbildung zu Datenschutz, Plattformlogiken, Quellenbewertung, Cybermobbing, Selbstregulation und medienpädagogischer Unterrichtsgestaltung. Ergänzend benötigen Bildungseinrichtungen Präventionskonzepte mit klaren Ansprechstellen, Meldewegen, Krisenroutinen und regelmäßiger Evaluation. Im Unterricht kann Social Media sinnvoll eingesetzt werden, wenn der Einsatz didaktisch begründet ist.

Das Gutachten adressiert auch die Verantwortung einzelner Akteurinnen und Akteure. Pädagogisches Personal soll reflektierte Nutzung vorleben und Lernende bei Empathie, Quellenprüfung und Selbstregulation unterstützen. Eltern sollen Mediennutzung begleiten und altersgerechte Regeln vereinbaren. Diese individuelle Ebene ist wichtig, ersetzt aber keine strukturelle Verantwortung: Plattformregulierung, Datenschutz, Bildungsplattformen, Lehrkräftebildung und schulische Konzepte bleiben Aufgaben von Politik und Institutionen.

Fazit: Mediale Integrität braucht gemeinsame Verantwortung

Das Gutachten zeigt, dass Soziale Medien nicht allein über Verbote, technische Regeln oder einzelne Unterrichtseinheiten bearbeitet werden können. Entscheidend ist ein abgestimmtes Vorgehen, das politische Regulierung, geschützte digitale Infrastruktur, pädagogische Konzepte und Qualifizierung zusammenführt.

Für Bildungseinrichtungen bedeutet das: Sie müssen Social Media nicht nur begrenzen, sondern verstehbar machen. Kinder und Jugendliche brauchen Lerngelegenheiten, in denen sie digitale Kommunikation prüfen, einordnen und verantwortungsvoll gestalten können. Mediale Integrität wird damit zu einer Voraussetzung für Teilhabe, Schutz und demokratische Handlungsfähigkeit.

Von Integrität zu medialer Integrität

Integrität beschreibt die Übereinstimmung von Werten, Haltung und Handeln. Eine integre Person handelt verlässlich, respektvoll und verantwortungsbewusst. Sie achtet darauf, andere nicht zu schädigen, und orientiert sich nicht nur am

eigenen Vorteil, sondern auch an gemeinsamen Regeln und an den Folgen des eigenen Handelns.

Mediale Integrität überträgt diesen Anspruch auf digitale Räume. Lernende sollen verstehen, wann digitale Kommunikation schadet, wann Informationen manipulativ sind und wie Plattformen Aufmerksamkeit steuern. Dazu brauchen sie Quellenbewertung, Datenschutzbewusstsein, Selbstregulation, Empathie und Perspektivenübernahme. Mediale Integrität erweitert Medienkompetenz um Verantwortung, Selbstreflexion und die Folgen des eigenen Handelns.

Weiterführende Literatur

- vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.). (2026). Social Media - Bildung - Integrität: Gutachten.